

VII. Das Stigma anlassunabhängiger Kontrollen

Proaktive polizeiliche Personenkontrollen sind Degradierungszeremonien (Garfinkel 1956), Ehrerbietungsrituale (Goffman 1956) und Autoritätserhaltungsrituale (Alpert und Dunham 2004). In diesen Interaktionsritualen bekräftigen und reproduzieren die an ihnen beteiligten Akteure ihre sozialen Rollen: als Vertreter des staatlichen Gewaltmonopols und Polizeibeamte einerseits bzw. als *Gegenüber* andererseits. Die Akteure internalisieren den symbolischen Gehalt der Interaktion: Sie beobachten nicht nur sich selbst in der jeweiligen Rolle als Handelnde, sondern beobachten auch die Handlungen des Anderen und bewerten sie entlang der kognitiven und normativen Erwartungen und Figurationen. Ehrerbietung und Degradierung ergänzen und bedingen sich gegenseitig: Die Polizisten erwarten (normativ und meistens kognitiv), dass die Betroffenen ihren Anweisungen folgeleisten; ihnen eine ihrem Amt gebührende Ehre erbieuten. Die Betroffenen sehen sich umgekehrt durch das Aufhalten, das Ausfragen und die Durchsuchung degradiert. In einigen Fällen berichten Betroffene von Gesten der Reziprozität der Ehrerbietung, und auch während unserer Teilnehmenden Beobachtungen konnten wir solche Formen einer reziproken Ehrerbietung beobachten, die ich als »deeskalativ« bzw. als Formen der Kooperation beschrieben habe. Dies widerspricht nicht dem Charakter der Degradierungszeremonie der Personenkontrollen, *mildert* aber die grundsätzliche Unannehmlichkeit der Kontrolle und verringert den Konflikt zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung.

Kooperation und Deeskalation werden in der wissenschaftlichen Diskussion unter dem Stichwort der Procedural Justice Theory (PJT) verhandelt. Besonders in der Polizeiforschung im Allgemeinen sowie der internationalen Forschung zu Personenkontrollen ist diese Theorie weit verbreitet, um die Il-/Legitimität polizeilicher Maßnahmen zu erklären (siehe etwa, neben einer ganzen Reihe weiterer Arbeiten: Abdul-Rahman 2022; Bradford 2014; Brunson und Miller 2006; Gau und Brunson 2010; Gau 2013; Hough et al. 2010; Jackson et al. 2020; Mastrofski et al. 2015; Murphy und Cherney 2012; Murray et al. 2020; Tankebe 2013; Worden und McLean 2017). Die PJT geht davon aus, dass die Legitimität einer Maßnahme wesentlich davon abhängt, ob sich die Betroffenen fair behandelt fühlen. Eine faire Behandlung durch die Polizeibeamten erhöhe die »compliance«, also die (Bereitschaft zur) Kooperation der Betroffenen.

Betroffenen anlassunabhängiger Personenkontrollen erscheinen die Maßnahmen häufig jedoch selbst dann als illegitim, wenn die Beamten sie fair behandeln. Ich konnte in meinem Material verschiedene Momente identifizieren, die die Legitimität der Kontrollen jenseits der deeskalativen und fairen Behandlung illegitim erscheinen lassen: Die Kontrollverteilung, die Häufigkeit der Kontrollen, der Ort der Kontrollen, die von den Beamten angegebenen Gründe für die Kontrollen, ihre Dauer und auch die Zeit der Kontrollen. Anlassunabhängige Personenkontrollen sind nicht deshalb Degradierungszeremonien, weil die Beamten konfrontativ vorgehen würden. Ich werde im Folgenden die zentralen Theoreme der PJT vorstellen, ehe ich ausführlich die über die PJT hinausgehenden Momente der subjektiv wahrgenommenen Illegitimität proaktiver Kontrollen eingehe.

Die Betroffenen empfinden regelmäßig Scham, Angst und Wut während und im Nachgang der Kontrollen. Vor dem Hintergrund dieses »emotionalen Ausnahmezustands« lässt sich die Wahrnehmung der Kontrollen als invasiv und stigmatisierend beschreiben. Die Affekte sind Teil der unmittelbar wahrgenommenen Wirklichkeit, die die Personenkontrollen problematisch werden lassen. Im Anschluss an die Darstellung des affektuellen Ausnahmezustands werde ich zeigen, wie die Betroffenen das Stigma als eine Form sozialer Identität internalisieren: Die Zuschreibung der Devianz wird durch das (wiederholte) Interaktionsritual als neues *Me* internalisiert. Die Betroffenen erblicken sich selbst durch die Augen der Polizei. Dieses stigmatisierte Selbstbild verstärkt sich durch Negativerfahrungen mit der Polizei jenseits von Kontrollen, sowie durch Diskriminierungserfahrungen durch andere Institutionen als die Polizei. Diese Internalisierung verläuft nicht konfliktfrei, sondern steht im Widerspruch zu jeweils anderen Selbstbildern.

Die stigmatisierte Identität wird durch die Praxis konstituiert und wirkt auf sie zurück. Die Betroffenen beginnen etwa, den Kontakt zur Polizei und den Sicherheitsbehörden im Allgemeinen und bestimmte Orte im Besonderen zu meiden. Die Kontaktvermeidung kann sich, im Sinn eines »legal cynicism«, auf weitere Behörden und die Justiz erstrecken. Umgekehrt kann die Empörung über das Stigma so groß sein, dass sich die Betroffenen nicht nur beschweren, sondern sich politisieren und versuchen, öffentlich Präsenz zu zeigen: Sie zeigen sich in oder um Kontrollen (etwa als Umstehende) resistent.

1. Illegitimität proaktiver Kontrollen: Jenseits der Verfahrensgerechtigkeit

Die PJT versucht zu erklären, warum sich Menschen an bestimmte Regeln halten. Das Verhältnis der Einzelnen zu den Institutionen steht im Fokus (Hough et al. 2010: 204). Die an der PJT orientierte Polizeiforschung versucht, die Legitimität polizeilichen Handelns mittels normgeleiteter Erwartungshaltungen der Betroffenen an die Institution zu erklären. Wenn die Institution Normen mit den Einzelnen teilt, also sofern sie die Erwartung der Betroffenen an eine subjektiv faire Behandlung erfüllt, gewinnt sie an Legitimität. Die Erfüllung dieser Erwartung hat, laut PJT, Priorität: »[I]n encounters with the police, it is the quality of treatment received that is more important than the objective outcome« (ebd.: 205).